

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/KVIIII/139

Bonn, den 25. Juli 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>"Miteinander - Füreinander"</u> Eindrücke von einer USA-Reise Von Dr. Alex Möller, MdB Mitglied des Parteivorstandes der SPD	66
2	<u>Erfolg im Kampf gegen Rassentrennung</u> "Die da drüben sind auch nicht besser" ?	26
3 - 4	<u>Einheit in der Vielfalt</u> Kultusministerkonferenz legte ihren Zweijahresbericht vor	50
5 - 6	<u>Enttäuschte Erwartungen</u> Zwischenbilanz der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	72
6	<u>Afrika atomwaffenfrei ?</u> Wieder ein geschickter Schachzug Chruschtschows	20

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Miteinander - füreinander"

Eindrücke von einer USA-Reise

Von Dr. Alex Müller, MdB

Mitglied des Parteivorstandes der SPD

Brütende Hitze lastete auf Washington, und ich atme auf, als ich im "air conditioned"-Abteil des Pennsylvaniazuges sitze. Ich bin in USA - diesmal ohne Auftrag; einfach aus dem Bedürfnis heraus, alte Verbindungen zu pflegen, neue zu suchen, um im übrigen zu hören und zu sehen, zu lernen und - wo gewünscht - Fragen zu beantworten. Die bisherige Bilanz ist erfreulich. Eine solche Feststellung kann man verantworten, wenn das Gefühl vorhanden ist, man kehrt nicht dümmern zurück, sondern hat wichtige Orientierungspunkte erhalten oder bestätigt bekommen. Auch wenn abzuziehen ist, daß einige Freundlichkeiten auf den mit großer Genugtuung empfundenen Kennedybesuch in Deutschland, auf die großartige Aufnahme des Präsidenten in unserem Lande zurückzuführen sind, so ist doch der Hinweis berechtigt, daß das politische Klima unzweifelhaft recht angenehm empfunden wird.

1955 war ich zum ersten Male hier. Zehn Jahre nach der deutschen Kapitulation konnte man nicht erwarten, mit offenen Armen empfangen zu werden. Das ist auch heute noch nicht der Fall. Aber die Gespräche sind herzlich und voll Offenheit, zeigen wachsendes Vertrauen und partnersgemäße Bereitschaft, Argumente als solche zu würdigen. Da ist das zum Wesensmerkmal eines demokratischen Staates gehörende Gespräch möglich, das man in Deutschland zwischen Regierungsparteien und Opposition so sehr vermisst.

Die amerikanischen Regierungsstellen und Parlamentarier empfinden es nicht als lästig, daß sich ein Mitglied des Deutschen Bundestages informieren möchte, betrachten es nicht als Zumutung, sondern als etwas Natürliches, daß sich auch ein Mann der derzeitigen Opposition um Erkenntnisse und Informationen bemüht. Manchmal schirrt in den Unterredungen ein stärkeres Interesse durch, und zwar insbesondere bei Erörterungen, die partielle Punkte der jetzigen weltweiten Spannungen betreffen, einfach deshalb, weil man die amtliche deutsche Meinung kennt, aber nicht unbedingt die der Opposition.

G a n z s i c h e r gibt es inzwischen keinen ernstzunehmenden Politiker in USA, der nicht weiß, daß eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ein zuverlässiger Partner Amerikas sein wird.

G a n z s i c h e r ist es richtig, daß die von den deutschen Sozialdemokraten von Anfang an geforderte Präambel zum deutsch-französischen Vertrag die notwendige Vertrauensbasis zwischen USA und der Bundesrepublik festigen konnte.

G a n z s i c h e r wird unser Bestreben, England doch noch den Beitritt zur EWG möglich zu machen, mit großer Genugtuung beobachtet.

G a n z s i c h e r erwartet Amerika die Fortsetzung unserer Anstrengungen, mit eigenen, nennenswerten Beiträgen die Zielsetzungen des Verteidigungsabkommens, der Entwicklungshilfe und aller vertretbaren Einsparungskampagnen realisieren zu helfen.

25. Juli 1963

Ganz sicher stößt man auf Verständnis, wenn man im einzelnen darlegt, was alles in der Bundesrepublik Deutschland gemacht werden muß, um unser Volk in eine innere Verfassung zu bringen und zu halten, die allein die demokratische Stabilität garantiert. Ohne eine kluge, weitschauende Innerpolitik, die nicht ohne erhebliche finanzielle Aufwendungen möglich ist, sind wir eben nicht das für die westliche Welt lebensnotwendige Bollwerk gegen den Kommunismus auf dem europäischen Festland.

Ganz sicher will man im Verhältnis der USA zur Bundesrepublik und Westberlin keine Einseitigkeiten, sondern das Miteinander und Füreinander. Was wir nicht zu tun bereit sind, können wir in eigener Sache nicht den Amerikanern zuzuten. Und mit einiger Bitterkeit machte mich der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Senats Fulbright, auf die in Frankreich geäußerten Zweifel hinsichtlich der Bündnistreue der USA aufmerksam, wobei er nicht vergaß, an das die Entscheidung herbeiführende Eingreifen Amerikas in beiden Weltkriegen zu erinnern.

\* \* \*

Nach einer längeren Unterredung mit Staatssekretär Ball im State Department überfielen mich in einem Vorraum zu meinem großen Erstaunen einige Journalisten. Später erfuhr ich den Grund. In der Appointmentliste des Department of State von diesem Tage steht: 5:00 pm: German Finance Minister. - Für diesen Irrtum eines Angestellten des State Departments bitte ich den "German Finance Minister" Dahlgrün um ein verstehendes Lächeln.

+ + +

#### Erfolg im Kampf gegen Rassentrennung

ep - Die Stadt Birmingham im Staate Alabama (USA) hat jetzt demonstrativ ein dreißig Jahre altes Gesetz aufgehoben, das Farbigen verbot, gemeinsam mit Weißen Gaststätten, Theater und Sportplätze aufzusuchen. Gewissermaßen als Gegenleistung erklärten sich die Farbigen bereit, nicht mehr an Demonstrationen für die Aufhebung der Rassentrennung teilzunehmen. Hier zeichnet sich eine Entwicklung ab, die Kennedy als einen großen Erfolg für seine Bemühungen um die endgültige Beseitigung der Rassendiskriminierung in den USA für sich buchen kann.

Wir registrieren dieses Ereignis mit um so größerer Genugtuung, als wir gerade hier bei uns in Deutschland in letzter Zeit bei Diskussionen über die Rassenkrawalle in den USA hören mußten, "die da drüben sind auch nicht besser als wir, sie haben auch ihre Rassenprobleme". Bei genaueren Hinsehen mußte man feststellen, daß derartige Redensarten in den Kreisen der ewig Gestrigen gang und gäbe waren, also dort, wo man immer noch eifrig bemüht bleibt, die eigenen Fehler mit Fehlern anderer aufzuwiegen.

Dabei ist der Vergleich zwischen den amtlich geförderten und von staatswegen organisierten Judenverfolgungen und -vernichtungen unter Hitler mit der Rassenkrawallen in den USA völlig deplaziert. Hier wurde systematisch und im Auftrag eines Unrechtsstaates der Vernichtungsfahrlatz gegen die Juden eingeleitet, dort sind die Auseinandersetzungen um Rassenfragen Teil eines sehr langen Emanzipationsprozesses der amerikanischen Gesellschaft, bei dem Gesetz und Regierung, und sicher auch die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes, auf der Seite derjenigen stehen, die die Rassentrennung beenden wollen.

+ + +

## Einheit in der Vielfalt

Kultusministerkonferenz legte ihren Zweijahresbericht vor

sp - Die Kulturpolitik der Länder scheint selbst für den Sachkenner von verwirrender Vielfalt bestimmt. Man hörte und hört - mitunter nicht zu Unrecht - den Vorwurf, daß der Föderalismus gerade auf diesem Gebiet zum Partikularismus und zu heillosen Zersplitterung zu führen droht. Dennoch wäre eine solche Entwicklung keineswegs durch unsere bundesstaatliche Grundordnung zwangsläufig bedingt.

### Länder stellen ihre Kulturpolitik zur Diskussion

Der jetzt von der Kultusministerkonferenz veröffentlichte Zweijahresbericht "Kulturpolitik der Länder" zeigt auch, daß vieles an grundsätzlicher Koordinierung und praktischer laufender Zusammenarbeit geschieht, ohne daß die von Verfassungsrechtlern als Gefahr beschworene "Dritte Ebene" zwischen Bund und Ländern damit sich abzeichnet. Es gehört zum Wesen solcher Bilanzen, so vieles an Zahlen, Statistiken und Erfolgsberichten auszubreiten, daß sie sich einer detaillierten Wiedergabe entziehen. Die Tatsache verdient aber festgehalten zu werden, daß sich hier die Länder der Diskussion ihrer Kulturpolitik in der Öffentlichkeit stellen und ihrer Informationspflicht exakt nachkommen.

### Positives Verhältnis zum Bund

Ebenso sollte man nicht übersehen, daß die Länder ihr Verhältnis zum Bund wiederholt erläutern und positiv definieren. In dem nun bis auf ungewisse Zeiten vertagten Verwaltungsabkommen strebten sie eine ständige Kontaktkommission an, die ein kontinuierliches Zusammenwirken von Bund und Ländern auf kulturpolitischem Gebiet gewährleisten sollte. Die Kultusministerkonferenz registriert an gleicher Stelle "eine erfreulich gute Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden", wenn diese auch nicht immer ungetrübt gewesen sein mag - wie man hörte. Immerhin sind ja auch beide in nicht weniger als 14 wichtigen Gremien von Wissenschaft, Forschung, Erziehung und allgemeiner Kulturpflege gemeinsam vertreten. Als neuer Bereich unerläßlicher Zusammenarbeit erwies sich besonders die auswärtige Kulturpolitik, an der konstruktiv mitzuwirken sich die Länder verpflichtet sahen.

Der Bremer Bildungssenator Willy Dehmkamp faßt als Präsident der Kultusministerkonferenz diese Entwicklung in seinem Vorwort dahin zusammen, daß "die Zusammenarbeit mit den einzelnen Ministerien des Bundes in den letzten Jahren intensiver und enger geworden ist". In der Beteiligung der Länder an der Bundestagsdebatte über die Große Anfrage der SPD zur Wissenschaftsförderung am 13. Februar kam diese erfreuliche Tatsache zum Ausdruck, wie Dehmkamp betont.

### "Deutsche Politik" ignoriert Leistung der Länder

Nimmt man nun - nachdenklich geworden - den Jahresbericht 1962 der Bundesregierung mit dem stolzen Titel "Deutsche Politik" zur Hand, so

stellt man erstaunt fest, daß der Bundeskanzler in seinem Vorwort die Länder schlechthin ignoriert. Daß im Sachregister des gleichen Berichts das Stichwort "Länder" nur einmal auftaucht und dabei lediglich auf den Beitrag der Länder zum Bundeshaushalt in den Haushaltserläuterungen verweist, mag Scherz oder Fehlleistung sein. Symptomatisch aber ist wohl das Übergehen oder die beiläufige Behandlung der Länder in den Berichten aller anderen Bundesressorts, woran auch die goldenen Worte des Bundesratsministers Niederalt nichts ändern.

Nun sollen nicht vorschnell die Länder gelobt und der Bund gescholten sein. Doch der Ton macht auch hier die Musik und es scheint, daß der Ton der Kultusminister besser ins Konzert paßt.

#### Modelle für den Fortschritt

Ein weiteres zeigt die Länder-Bilanz deutlich: In nüchterner Sprache können die von der SPD gebildeten oder mitgebildeten Landesregierungen kulturpolitisch gewichtige Leistungen auf die Habenseite buchen. B e r l i n hat mit seiner "Denkschrift zur inneren Schulreform" als erstes Land der Bundesrepublik eine langfristige Planung des Unterrichts- und Erziehungswesens als der Basis des gesamten Bildungswesens erarbeitet. In B r e m e n und H e s s e n konnten die Klassensplitter an Volk- und Mittelschulen in zwei Jahren wesentlich herabgesetzt werden. Niedersachsen führte am 1. April 1962 im ganzen Land das 9. Volksschuljahr ein, dank besonderer Maßnahmen zur Gewinnung von Lehrkräften. In H a m b u r g erreichten die nunmehr 820 000 Bände der öffentlichen Bibliotheken allein fast vier Millionen Leser. In Hessen nahm das ländliche Bucherzweigen besonders großen Aufschwung. Die Erwachsenenbildung erfährt in Niedersachsen aufgrund der Empfehlungen einer Studienkommission eine umfassende Reform, in Hamburg wurde für den gleichen Bereich ein Fünf-Jahresplan erstellt. Die Lehrerbildung und die Förderung der Hochschulen nehmen in allen diesen Ländern seit jeher einen wichtigen Rang ein, so daß mancher sonst zu beobachtende Engpaß nicht oder kaum auftritt.

Vieles wurde schon früher als Modell erprobt - wie die Mittelpunktschulen in Hessen. Meist gegen den Widerstand der CDU-Landtagsfraktionen durchgesetzt, wurde es dann bald zum Vorbild anderer Länder oder man erhob es gar auf den Schild aller Kultusminister. Solche Modelle für den Fortschritt verzeichnet auch dieser Bericht.

Zieht man die Summe, so scheinen keineswegs die anstehenden kulturpolitischen Probleme alle gelöst. Doch da die Wege zu ihrer Lösung bezeichnet sind, kommt es nun darauf an, im Zusammenwirken von Bund und Ländern im Rahmen der bundesstaatlichen Grundordnung diese Wege auch zu beschreiten.

+ + +

### Enttäuschte Erwartungen

Zwischenbilanz der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen  
Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Sind auch nicht alle Hoffnungen auf die Regelung der ungelösten deutsch-jugoslawischen Probleme durch den Abbruch der Münchener Wirtschaftsverhandlungen geschwunden, hat die unerwartete Dramatisierung deutlich die Hindernisse beleuchtet, die einer beidseitigen annehmbaren Übereinkunft vorläufig im Wege stehen. Daß man auf diese Probleme irgendwann notwendigerweise stoßen werde, war dabei eigentlich von vornherein vorauszusehen gewesen. Denn obwohl Jugoslawien auf den Zusammentritt der gemischten Regierungskommission in erster Linie zwecks Klärung der handelspolitischen Situation drängte, war es aus Belgrader Sicht klar, daß für die jugoslawische Seite hierbei finanzpolitische Fragen in den Vordergrund rücken würden. Beide Bereiche waren schlicht nicht voneinander gänzlich zu trennen.

#### Finanzpolitische Ursachen des vorläufigen Scheiterns

Das jahrelang wachsende Belgrader Defizit im deutsch-jugoslawischen Handel hatte, mit Ausnahme des vergangenen Jahres, als die jugoslawischen Importe aus der Bundesrepublik drastisch eingeschränkt worden waren, problematische Größenordnungen erreicht. Noch zusätzlich kamen für Belgrad verschiedene Verpflichtungen aus früheren finanziellen Arrangements hinzu. Eben mit solchen Schuldentrückzahlungen, die auf insgesamt 520 Millionen DM beziffert werden, hatte Jugoslawien bereits im Vorjahr erhebliche Schwierigkeiten.

#### Die jugoslawischen Wiedergutmachungsforderungen

Da dieses Problem auch in naher Zukunft nicht allein durch die Exportkraft der jugoslawischen Wirtschaft zu lösen sein wird, lag es für Belgrad nur allzu nahe, sich nach einer Kompensierung seiner finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik umzusehen. Ein Rechtstitel war bald gefunden: Die Forderung nach Entschädigungszahlungen für jugoslawische Opfer des nationalsozialistischen Terrorsystems steht bereits seit mehr als Jahresfrist auf der Tagesordnung ungelöster deutsch-jugoslawischer Probleme. Jedem aufmerksamen Beobachter in Belgrad mußte seit dieser Zeit klar sein, daß diese Frage wesentlich die künftigen deutsch-jugoslawischen Beziehungen gestalten werde.

#### Gewolltes Mißverständnis ?

Schon als in Wien die Vorbesprechungen für die Belgrad-Münchener Gespräche begannen, war es auch ein Ziel der jugoslawischen Verhandlungstaktik, ein Junktim zwischen den jugoslawischen Schuldentrückzahlungen und den Entschädigungswünschen an Bonn herzustellen. Und dies, obwohl in einer der drei Noten der Bundesregierung vom März dieses Jahres trotz der geäußerten prinzipiellen moralischen Verpflichtung zu Entschädigungen, Zahlungen an Länder, zu denen Bonn keine diplomatischen Beziehungen unterhält, entschieden abgelehnt worden sind.

Wenn in München trotzdem der Eindruck erweckt worden ist, den die Jugoslawen sofort als Zahlungsbereitschaft interpretierten, man sei deutscherseits nicht abgeneigt, auch über das Entschädigungsproblem zu reden, so fordert das zu der Frage heraus, ob dieses Entgegenkommen sehr klug war in Anbetracht der offensichtlichen Entschlossenheit, Belgrad in keiner Form in dieser wichtigen Frage entgegenzukommen. Manche

Enttäuschung wäre bei einer klaren, eindeutigen Haltung von beiden Verhandlungspartnern erspart geblieben.

Bonn's Ansicht, Belgrad habe mit der Anerkennung Parkows nun auch die Rechtsfolgen dieses Schrittes zu tragen, wodurch das Recht auf die Forderung von Entschädigungszahlungen allein von der Bundesrepublik entfallen sei, kann jedoch nicht als Erklärung für die Haltung der deutschen Delegation in echten handelspolitischen Fragen gelten. Wenn man schon Jugoslawien nicht generell die A-Liste der OEEC für seine Exporte in die Bundesrepublik zubilligen wollte, muß die Tatsache zu bedenken geben, daß Bonn neben gewissen Liberalisierungskonzessionen andererseits gewisse Abstriche bereits höherer jugoslawischer Kontingente verlangte.

#### Belgrad erwartet Konzessionen von Bonn

Als das Resultat all dieser Einzelheiten blieb nach einem allzu optimistischen Beginn das Endergebnis, daß der deutsch-jugoslawische Handel anstelle eines neuen Warenprotokolls nun sogar des gültigen alten Handelsvertrages entbehrt, der in Anbetracht der Verhandlungen unverändert geblieben ist. Für die Praxis mag dies nicht allzu bedeutend sein. Die auch nach dem Abbruch der Verhandlungen zu einem gewissen Optimismus neigenden Stimmen in Bonn und Belgrad, man werde die Gespräche irgendwann in nicht allzu ferner Zukunft fortsetzen, dürften jedoch auch dann enttäuscht werden; sollten die gegenseitigen Standpunkte in der Zwischenzeit nicht grundsätzlich geändert werden. Da Belgrad kaum auf seine Forderungen verzichten dürfte, konzentriert sich das Problem eigentlich eher darauf, ob Bonn im Herbst eventuell zu größeren finanziellen Konzessionen bereit sein wird als es in der bisherigen Verhandlungsrunde der Fall gewesen ist.

#### Afrika atomwaffenfrei ?

##### Wieder ein geschickter Schachzug Chruschtschows

sp - Chruschtschows Appell an die afrikanischen Staaten zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Afrika, kommt nicht von ungefähr. Auch die Tatsache, daß Kennedy inzwischen der Chruschtschow Appell durchaus nicht negativ beantwortet hat, kennt eine Vorgeschichte. Schon vor einiger Zeit haben die drei afrikanischen Mitglieder der Genfer Abrüstungskonferenz - Äthiopien, Nigeria und die Vereinigte arabisch-egyptische Republik - die Atommächte in einem Memorandum ersucht, endlich alle Atombombentests einzustellen. Während der afrikanischen Gipfelkonferenz in Addis Abeba war ein einstimmiger Beschluß gefaßt worden, der die drei afrikanischen Staaten in Genf ermächtigte, den erwähnten Vorstoß einzuleiten. Im Lichte der gegenwärtigen Moskauer Verhandlungen über den Stopp der Atomtests kann der Appell Chruschtschows an die afrikanischen Staaten als ein erneuter Hinweis darauf betrachtet werden, wie geschickt der Kremlchef die internationale Politik in Atem halten pflegt. Chruschtschow hat die vorsichtig-positive Antwort der USA ohne Zweifel einkalkuliert, denn er weiß sich in diesen Fällen der Unterstützung nicht nur der afrikanischen Staaten, sondern auch aller blockfreien Staaten der Welt gewiß. Wenn auch im Augenblick in diesem Zusammenhang nicht von einer atomwaffenfreien Zone in Europa gesprochen wird, so ist doch mindestens jetzt schon durch die neue Initiative Moskaus angedeutet, daß dieses Thema auch hier bald wieder eine Rolle spielen dürfte.